

## **PETITION**

### **Freiheit für Maksym Butkevych!**

#### **Menschenrechtsorganisationen und -aktivist:innen fordern die Freilassung des ukrainischen Kriegsgefangenen Maksym Butkevych (1), der von den russischen Besatzern unrechtmässig verurteilt wurde.**

Am 10. März 2023 gab das Ermittlungskomitee der Russischen Föderation bekannt, dass der ukrainische Menschenrechtsverteidiger und Armeeeingehöriger Maksym Butkevych, der im vergangenen Sommer bei Kämpfen in der Region Luhansk von den Russen gefangen genommen worden war, zu 13 Jahren Haft verurteilt wurde. Dies geschah aufgrund frei erfundener Tatsachen. Mit Maksym wurden zwei weitere ukrainische Gefangene – Viktor Pokhozey und Vladyslav Shel – zu 8,5 bzw. 18,5 Jahren verurteilt.

Maksym Butkevych ist ein ukrainischer Menschenrechtsaktivist und Journalist. Er ist Mitbegründer des Projekts „Bez Kordoniv“ (Ohne Grenzen), das Asylsuchenden und Migrant:innen in der Ukraine hilft und Hassrede bekämpft. Ausserdem ist er Mitbegründer des Menschenrechtszentrums ZMINA, des Hromadske Radio und hat als Journalist für eine Reihe von ukrainischen und internationalen Medien gearbeitet. Im März 2022 trat er den ukrainischen Streitkräften bei. Im Juni wurde er in der Nähe der derzeit besetzten Orte Solote und Hirske (Region Luhansk) gefangengenommen.

Gemäss der Veröffentlichung des Ermittlungskomitees der Russischen Föderation befand das sogenannte „Oberste Gericht der Volksrepublik Luhansk“ Maksym Butkevych der Gewaltanwendung gegenüber der Zivilbevölkerung, der Anwendung von in einem bewaffneten Konflikt verbotenen Methoden, des versuchten Mordes sowie der vorsätzlichen Beschädigung fremden Eigentums für schuldig: Er soll am 4. Juni 2022 den Eingang eines Wohngebäudes in Sjewjerodonezk in der Region Luhansk mit einem Granatwerfer beschossen haben. In diesem eindeutig konstruierten Fall gibt es derzeit keine Beweise, abgesehen von einem inszenierten und gefilmten „Geständnis“ des Gefangenen. Darüber hinaus wurde die Einheit Berlingo, der Maksym Butkevych angehört, unseren Informationen zufolge zu keinem Zeitpunkt im Gebiet von Sjewjerodonezk eingesetzt und war an den dortigen Kampfhandlungen nicht beteiligt.

Es ist anzumerken, dass vor diesem Urteilsspruch keinerlei Informationen über die Vorwürfe gegen den Kriegsgefangenen Maksym Butkevych veröffentlicht wurden, wodurch weder ein Anwalt beauftragt werden konnte noch ein faires Verfahren möglich war. Da die Russische Föderation unabhängigen Beobachter:innen den Zugang zu den von ihr geschaffenen Haftorten in den besetzten Gebieten verwehrt, war eine Kontrolle seiner Haftbedingungen oder nähere Angaben zu seiner Behandlung durch internationale Organisationen nicht möglich.

Zugleich veröffentlichten einige russische Propagandamedien offensichtlich falsche Informationen über Maksym Butkevych und unterstellten dem Menschenrechtsverteidiger Aussagen, die er nie gemacht hatte, und Behauptungen, die seiner Meinung widersprechen. All dies zeugt von der bewussten Konstruktion des Falles durch Russland, wahrscheinlich um den Streitkräften der ukrainischen Armee den Ruf von Kriegsverbrechern zu verleihen. Wir verurteilen Russlands Einsatz von Kriegsgefangenen zu Propagandazwecken und fordern, dass die rechtswidrige Strafverfolgung von Maksym Butkevych eingestellt wird und er sowie andere ukrainische Kriegsgefangene ausgetauscht werden.

Wir fordern, dass die Russische Föderation es internationalen Beobachter:innen ermöglicht, Kriegsgefangene und zivile Geiseln zu besuchen, um ihre Haftbedingungen zu überwachen und Misshandlungen und andere Verletzungen ihrer Rechte zu verhindern.

Wir fordern den Präsidenten der Ukraine, das Aussenministerium der Ukraine und den Menschenrechtskommissar der Werchowna Rada der Ukraine auf, weiterhin Druck auf die

Russische Föderation auszuüben, um die sofortige Freilassung aller Bürger und Bürgerinnen zu erwirken, die vom Besatzungsregime unrechtmässig in Haft gehalten werden. Wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, den Sanktionsdruck auf Russland wegen seiner Missachtung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte zu erhöhen.

Vorname, Name:

Strasse:

PLZ, Ort

E-mail:

Ort, Datum:

Unterschrift

**Bitte schicken Sie diese Petition unterzeichnet an das Europäische BürgerInnen Forum, Postfach, CH-4001 Basel oder an: [ch@forumcivique.org](mailto:ch@forumcivique.org)**

Verantwortlich für die Kampagne: Sasha Feinberg, [nazarova@noborders.org.ua](mailto:nazarova@noborders.org.ua),  
+380972386386 signal